

Gesichter einer »Zeitenwende«

Krieg um die Ukraine im Übergang zur europäischen Neuordnung

Vortrag von Wolf-Dieter Gudopp von Behm, 6. November 2022

Der Sozialismus marschiert derzeit in Deutschland gewiss nicht. Aber auch in dürftiger Zeit ist Manches möglich. Auf der Liste dessen, was nötig *und* möglich ist, steht ganz oben: *Sagen, was ist*. Was geht eigentlich vor unseren Augen vor? ›Was ist‹ – das ist eine sehr komplexe Angelegenheit. Das Komplexe will auch komplex aufgenommen werden. Die folgenden Überlegungen versuchen, einige *Aspekte und Linien* anzusprechen.

Den Anfang macht *Rosa Luxemburg* mit ihren gültigen Sätzen aus dem Kriegsjahr 1915 (veröffentlicht 1916): »Die bürgerliche Gesellschaft steht vor dem Dilemma, entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei. [...] Dieser Weltkrieg – das ist ein Rückfall in die Barbarei. Der Triumph des Imperialismus führt zur Vernichtung der Kultur, sporadisch während der Dauer eines modernen Krieges, und endgültig, wenn die nun begonnene Periode der Weltkriege ungehemmt bis zur letzten Konsequenz ihren Fortgang nehmen sollte.«¹

In dieser *Periode* leben wir noch heute. Phasen einer relativen Latenz des Krieges wechseln

mit Phasen brutalster Aktualität. Alle Kriege dieser Zeit sind verzweigte Schauplätze des Weltkriegs; auch in militärischer Hinsicht gibt es in der Zeit des Imperialismus keine »weißen Flecken« mehr auf der Erde. Papst Franziskus nennt den Zustand einen »Weltkrieg in Raten«.

Damit ist nicht gesagt, dass es keine Möglichkeiten des Friedens gibt. Unter vorsozialistischen Bedingungen ist Frieden *ein befristeter Interessensausgleich der streitenden Seiten gemäß dem jeweiligen Kräfteverhältnis*. Kein umfassender Frieden und keiner auf Dauer. Aber bei einem Mindestmaß des Realismus und der Rationalität und vor allem mit dem Wollen der Beteiligten ist er immer wieder möglich und kann sogar eine relative Stabilität entfalten. Das beschreibt einen Rahmen der permanenten Friedensarbeit.

Welche Seite in einer bewaffneten Auseinandersetzung jeweils offensiv agiert und welche sich in der Defensive befindet, ist oft schwer auszumachen und kann nur aus dem Zusammenhang bestimmt werden; zu sehr sind die Gegner ineinander verknäuelte. Hier darf der Name *Clausewitz* nicht fehlen: In verschiede-

1 R. Luxemburg, Die Krise der Sozialdemokratie (»Junius-Broschüre«), Kap. I. (Gesammelte Werke Bd. 4, Berlin 1974, S. 62.) Dort S. 56: »Eines ist sicher: Der Weltkrieg ist eine Weltenwende.«

nen Kapiteln schreibt er über »*ein beständiges Wechseln und Verbinden von Angriff und Verteidigung*«. ² Angriff ist immer auch Verteidigung, und Verteidigung immer auch Angriff; das Eine ist nicht ohne das Andere möglich. Vom Urdialektiker der Polemologie *Heraklit* ist dieses Fragment überliefert (Fr. 80): »Man muss einsehen, dass der Kampf (pólemos) ein Miteinander (xynós) ist.« ³ Der Kampf vereint die Kämpfenden beider Seiten und macht sie gemein. In der Dynamik von Offensive und Defensive sind die Gegner auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden; in ihrem Tun und Lassen bedingen sie einander und sind aneinander gefesselt (ähnlich wie Schuldner und Gläubiger). Heinrich von Kleist hat den Sachverhalt mit dem Stück ›Penthesilea‹ ins Extrem des Wahns getrieben.

Methodisch bedeutet das, dass es widersinnig wäre, nur eine Seite zu betrachten oder Momentaufnahmen für bare Münze zu nehmen. Tragfähige Aussagen erfordern einen Blick auf das Ganze des politischen, nicht allein des militärischen Geschehens. ⁴ In *tatsächlicher Hinsicht* ist in der strukturellen Einheit der Kämpfenden grundsätzlich die Möglichkeit angelegt, sich *im* Krieg zu verständigen.

I. Am Anfang

Politischen Beobachtern unserer Jahrzehnte ist schon öfters aufgefallen, dass der europäische Abschnitt des »Weltkriegs in Raten« in manchen Konstellationen und Fronten mehr Ähnlichkeiten mit dem *Ersten* Weltkrieg zeigt als mit dem *Zweiten*. Woher kommt das? Es handelt sich heute wieder um einen »normalen« Krieg der Interessen – ohne die beiden

spezifischen Konstellationen, die den Charakter des letzten Krieges mitgeprägt haben, nämlich einerseits die Antihitlerkoalition gegen den faschistischen Block und andererseits die System-Konfrontation Kapitalismus gegen Sozialismus. Analogien zum Krieg 1914–1918 veranschaulicht ein trefflicher Beitrag von *Reiner Zilkenat* in der *jungen Welt*⁵; Fundgruben auf diesem Feld sind *Fritz Fischer*, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18 (Düsseldorf 1961, in diesem Beitrag zitiert nach der Auflage 1994), und *Reinhard Opitz* (Hg.), Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945 (Köln 1977). Wer Dokumente aus jener Zeit liest, gewinnt den Eindruck, es würde von unseren Tagen gesprochen; man kommt davon nicht mehr weg.

Kanzler Scholz hat eine »Zeitenwende« diagnostiziert. Seit Konterrevolution »Wende« genannt wird, macht diese Vokabel hellhörig. ›*Zeitenwende*‹ ist nicht nur eine Phrase. Zwar kann man sie nicht sehen; man kann sie auch nicht erleben – erlebt wird nur das Grauen. Aber man kann einen Realitätsgehalt ermitteln, indem man Erscheinungen beobachtet und unverwechselbare Züge und Tendenzen einer Richtung erkennt und benennt. Die *Wende* oder die *Proklamation der Wende* entwickeln sich aus Kontinuitäten der Politik und der Geschichte.

In der Geschichte gibt es keinen Anfang, nur Übergänge. Für unser Thema und unser Land wird ein *relativer* Anfang signiert mit »Deutschland einig Vaterland«. Die damit verbundenen Ereignisse der Zeitgeschichte sind bekannt. Die SU hatte – geschwächt in der Falle des ›Totrüstens‹ – aufgegeben, vor Toresschluss aber noch gegen einige Widerstände aufseiten der westlichen Siegermächte

2 C. v. Clausewitz, Vom Kriege, Dritter Teil, 7. Buch, 2. Kap.

3 Heraklit hat den Gedanken von *Homer* übernommen, der in der *Ilias* den Trojaner Hektor sagen lässt: »Gemeinsam (xynós) ist der Krieg (Enyálios/Ares); auch den Tötenden macht er nieder.« (XVIII., 309.)

4 Anregend der Satz des Generals Erich Vad, man müsse den Krieg vom Ende her denken. Bundesausschuss *Friedensratschlag*, Positionspapier vom Juni 2022 (abgedruckt in: *Mitteilungen* der Kommunist. Plattform in der Partei Die Linke 9/22, S. 8).

5 *jW*, 24. und 25.10.2022: »Wer Kiew hat, kann Russland zwingen«, »Das fetteste Stück«.

die ›deutsche Einheit‹ mit Erfolg vorangetrieben und durchgedrückt.⁶ Für das deutsche Kapital ein Hauptgewinn. Prinz Philip Mountbatten begrüßte den deutschen Kanzler mit den Worten: »Guten Tag, Herr Reichskanzler«. Deutschland, ohne erkennbare Feinde, positionierte sich hervorragend *zwischen und mit Ost und West*. Ein Prämiumpplatz in der *Mitte*. Mit seinem Gewicht in der EU versprachen alte Europa-Träume des deutschen Kapitals wahr zu werden. Konkurrierend zum Dollar wurde der Euro in Stellung gebracht (provozierend mit einer Analogie der Symbole \$/€: zwei Striche).

Nach dem Ersten Weltkrieg war die *Tschechoslowakei* als eine Barriere gegen Expansionsgelüste des Deutschen Reichs gebildet worden. Sie wurde nach 1990 zerteilt (die Škoda-Werke hatte sich gegen die französische Konkurrenz Wolfsburg erobert). Und mit Außenminister Genscher wurde das in Freiheit gesetzte Deutschland Antreiber zur Zerstörung *Jugoslawiens*.⁷ Indes operierte Deutschland unter der stillen Kontrolle der USA bis zu einem kritischen Limit: Genscher wurde von einem Tag auf den andern zurückgetreten just in dem Moment, als er dabei war, auf der Spur der alten deutschen »Mitteleuropa«-Politik der Türkei die brüderliche Hand zu reichen, um über deren ausgestreckten Arm die Donau-Politik mit der Bagdad-Bahn-Politik hin zum Öl des Vorderen Orients zu komplettieren und den Weg zum Indischen Ozean zu öffnen. Mit und nach dem letzten Weltkrieg hatten die USA britische Positionen im großen Mittelmeer-Bereich übernommen; jetzt schlüpfen sie zudem in alte strategische Linien des deutschen Reichs; sie sicherten auf dem Balkan auch den Part, mit dem Türkei-Schulterschluss Russland von

Konstantinopel fernzuhalten – und jetzt eben auch Deutschland.

Der Regierung Schröder-Fischer war es dann vorbehalten, Deutschland wieder *offen* in den Krieg zu führen. Theoretisch wussten Kommunisten um die erwartbaren Folgen der Konterrevolution, dennoch war es ein Schock: Nach der langen Friedenszeit gab es wieder Krieg in Europa. Es war *der Eröffnungsschlag der Zeitenwende*: Deutschland führt an der Seite und unter der Regie der USA Krieg gegen einen Staat der Antihitlerkoalition, Siegermacht des Weltkriegs, Gründungsmitglied der UNO und Erstunterzeichner der UNO-Charta.

Der Jugoslawienkrieg wurde auch gegen Russland geführt. War für Russland ein vergleichbares Schicksal geplant – eine »Balkanisierung«? Die Sowjet-Union war besiegt. Russland noch nicht. Dieses Kapitel der US-amerikanischen Agenda aber kann nur erledigt werden, wenn der mitteleuropäische Staatengürtel unter Kontrolle gebracht und die essenzielle Verbindung Russland–Deutschland ebenso gesprengt wird wie final die Erdgas-Röhre.

II. Ruhe vor dem Sturm

Die lange *Ära Merkel* war charakterisiert durch den Versuch, ausgewogen zwischen den wirtschaftlichen West- und den Ost-Interessen des deutschen Kapitals und seiner politischen Repräsentanz zu steuern und entspannend zwischen den westlichen und den östlichen Mächten zu vermitteln. Die russisch-kundige Kanzlerin sprach von der »strategischen Partnerschaft« mit Russland und kannte noch 2015 in Davos die eurasische Dimension »von Lissabon bis nach Wladiwostok«. Präsident Putin

6 Dazu auch T. Wood, Die Matrix des Ukraine-Kriegs, *Marxistische Blätter* 5/2022, Beilage, S. 7: »Als die USA damit drohten, den Prozess der deutschen Wiedervereinigung zu torpedieren, wenn es nicht im Rahmen der NATO stattfände, bestanden die Sowjets nicht mehr auf ihrer Neutralität.«

7 Dokumentation »Dieses könnte der Funke sein, der Bosnien-Herzegowina in Brand setzt.« Die Warnungen der Außenminister Großbritanniens und der Niederlande und des UN-Generalsekretärs vor Genschers Anerkennungspolitik (Slowenien, Kroatien) und die Antwort des deutschen Außenministers, in: *Versöhnung* (Internationaler Versöhnungsbund), Rundbrief 2/1996. – Wie Generalinspekteur Naumann stolz erklärt hat, kommandierte die NATO Ende August 1995 deutsche Tornados zum »Kampfeinsatz« nach Jugoslawien.

hatte schon in der Kanzlerschaft Kohls 2001 das Privileg erhalten, im Deutschen Bundestag zu sprechen; er tat das in deutscher Sprache. Es sah so aus, als könne man alle Sorgen um den Frieden in Europa vergessen.

Energie-politisch verfolgte Merkel einerseits eine auf weite Perspektive angelegte Autarkie-Politik (Ausstieg aus der Kernenergie und »Decarbonisierung«), förderte aber andererseits wie die Vorgängerregierung den in jeder Hinsicht günstigen Energie-Import aus Russland, der neben den anderen Vorteilen Deutschland eine lenkende Rolle bei der Weiterleitung in andere Staaten der EU versprach. Die Röhren durch die Ostsee sollten Befürchtungen vor Störaktionen Polens und der Ukraine hinfällig machen; Russland und Deutschland wurden mit dieser Operation fast direkte Nachbarn (was in Polen sämtliche Alarmglocken schrillen lässt).

Aus Richtung der USA wurde das Misstrauen gegenüber Merkel immer deutlicher (ihr Handy wurde abgehört, was bekanntlich »unter Freunden überhaupt nicht geht«), und Einwände gegen Nordstream 2 wurden undiplomatisch offen ausgesprochen. Die Kanzlerin versprach der »deutschen Wirtschaft« während des lange dauernden Gerangels: Nordstream 2 wird fertig gestellt werden. Es ist tatsächlich fertig gestellt worden und war einsatzbereit. Aber Merkel wurde als Parteivorsitzende abgesetzt und sagte, ohne den Parteivorsitz könne sie nicht regieren. Letzte Versuche, eine personalpolitische Kontinuität der CDU und/oder ein Minimum politischer Kontinuität mit der neuen Regierung durchzusetzen, waren trotz einiger erstaunlich vernünftiger Worte von Bundespräsident Steinmeier radikal misslungen. Nichts half mehr. Nordstream 2 wurde in Altmetall verwandelt und zusammen mit Nordstream 1 durch die Zerstörung Ende September 2022 definitiv zum Milliardengrab. (Nordstream 1 hatte, bedingt durch die Sanktionsmechanismen, nur noch reduziert und dann gar nicht mehr geliefert.) Kurz zuvor, am 13. September, hat der russische Botschafter Netschajew noch

einmal die sofortige Öffnung von Nordstream 2 angeboten. Die Sabotage bedeutet das Ende einer sehr langfristig angelegten und vielversprechenden Konzeption realer Möglichkeiten. Sie soll denen, die es immer noch nicht begriffen haben, in den Kopf prügeln: *So ist es. Es gibt kein Zurück.*

Wirklich? Die Altkanzlerin hat im Jahr 2022 wiederholt gemahnt, eine europäische Sicherheit sei unmöglich ohne eine Einbeziehung Russlands – unverdrossen auch noch nach dem unterseeischen Bruch, was Kiews Lautsprecher Melnyk »pervers« fand (*jW*, 2./3.10.22). Am 12. Oktober hat Putin überraschend bekannt gegeben, dass *ein* Strang von Nordstream 2 noch funktionstüchtig sei und ab sofort liefern könne: »Man muss nur den Hahn aufdrehen«. Ziel des Terrorakts sei es gewesen, die Beziehungen der EU und Russlands endgültig zu zerreißen (*jW*, 13.10.22).

Will sich niemand an *Helmut Kohl* erinnern? Mit dem Ende der DDR war von deren Bürgern erwartet worden, dass sie sich dafür entschuldigen, in einem sozialistischen Land gelebt zu haben. Eine Generation später gibt man sich damit nicht mehr zufrieden: Spitzenpolitiker der alten und erweiterten Bundesrepublik werden dafür angeklagt, im »gemeinsamen Haus Europa« für ein normalisiertes Miteinander zum gegenseitigen Vorteil gewirkt oder sogar mit Putin freundschaftlich umgegangen zu sein. Auch die CDU-Kanzlerin musste öffentlich auf der Sünderbank Platz nehmen und sich rechtfertigen. Endlich hat sich, reichlich spät, am 29. Oktober auch Frank Walter Steinmeier von sich distanziert. Was würde mit Kohl geschehen, wenn er noch lebte? Wann endlich wird man über den »Kanzler der Einheit« zu Gericht sitzen? Das gerechte Urteil könnte nur lauten: Rückkehr zur Zwei-Staaten-Lösung.

Während des ermüdenden Gas-Gezerrtes und der zielsicheren Vorbereitung neuer Wendungen hat Großbritannien, wohlversehen mit Versprechungen vonseiten der USA, die EU verlassen. Es wurde für die USA zu einem vor Störungen befreundeter Staaten geschützter

Stützpunkt und »unsinkbaren Flugzeugträger«. Und zum militärischen Hauptakteur der NATO im Ukraine-Krieg. Die weltpolitischen Interessen der USA haben sich durchgesetzt. Die Vereinigten Staaten sind der Gewinner. *Die Zeitenwende hat Fahrt aufgenommen.*

III. Kollision der Interessen

Im Interesse des *deutschen* Kapitals und seiner Regierung war es gelegen, durch die partnerschaftliche Kooperation mit Russland seine Schlüsselposition in der EU auszubauen und in den Weiten Russlands große profitable Anlagemöglichkeiten zu erschließen. Russische Rohstoffe und deutsche moderne industrielle Technik und deutsches Kapital: Der Weg Deutschlands zur Weltmacht verläuft, wie die Dinge liegen, über die Russland-Connection. Es gibt, von der Möglichkeit einer kriegerischen Eroberung Russlands abgesehen, kaum eine Alternative.

Und die Interessen *Russlands*? Russland ist durch eine Konterrevolution mit anschließend chaotischer Desintegration hindurch- und aus einem gleichsam erneuten Brest-Litowsk hervorgegangen. Die wirtschaftliche Organisation im großen Sowjetland mit allen seinen Republiken gab es nicht mehr. Das neue Russland ist keine verkleinerte SU; es war plötzlich – ohne die Ukraine, ohne das Baltikum und ohne große Gebiete des Kaukasus und Zentralasiens und deren Menschen, Fabriken und Ressourcen – auf sich verwiesen und vor gewaltige Aufgaben der Restrukturierung gestellt. Es musste ökonomisch, politisch und militärisch (und auch

ideologisch, aber das ist ein anderes, nicht eben erfreuliches Kapitel) von Grund auf neu aufgebaut werden. Traditionell schaut Russland auf Deutschland. Die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verbindungen reichen weit zurück in die Geschichte. Vor vergleichsweise kurzer Zeit, im April 1922, haben beide Staaten – jeder im Zustand größter Schwäche – am Rande der Nachkriegskonferenz von Genua im Ort *Rapallo* einen Vertrag zum gegenseitigen Vorteil geschlossen.⁸ Für die sozialistische Sowjetrepublik bedeutete er einen Durchbruch auf der internationalen Bühne; es war die erste Bestätigung einer friedlicher Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Russland, ob sozialistisch oder kapitalistisch, brauchte (und braucht) diese Kooperation ökonomisch und politisch, ebenso wie Deutschland auf Russland angewiesen war (und ist). *Rapallo ist Rapallo*, aber sekundär lässt es sich friedenspolitisch *und* »antiwestlich«-nationalistisch akzentuieren; diese Ambivalenz kennzeichnet die ganze Geschichte des Vertrags bis zum heutigen Tag.

Wenn man das Interesse der *USA* in der Großregion mit dem Taufspruch der NATO-Gründung beschreibt, liegt man sicher nicht verkehrt: »*Sinn der NATO ist, die Russen draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten*« (Harings Ismay, erster Generalsekretär der NATO). Selbstverständlich ist es das General-Interesse des USA-Kapitals den Platz Nummer Eins zu behaupten und zu mehren. Als eine ernste Bedrohung dieses Daseinszwecks, vielleicht als die größte, wird die naheliegende Verknüpfung der

8 Zu den Bedingungen und Hintergründen des Vertrags: U. Höster-Philippis, 100 Jahre Rapallo-Vertrag, in: *Marxistische Blätter* 6/2022. – Dem Vertrag von 1922 folgten ergänzend der Moskauer Vertrag 1925 und um die militärische Kooperation erweiternd der Berliner Vertrag 1926. Noch der Nichtangriffsvertrag von 1939, wengleich in einer singulären Ausnahmesituation, fällt nicht ganz aus einer Kontinuitätslinie heraus. (Am Rande vermerkt: Kriegsminister v. Blomberg bei einer Revolutionsfeier mit sowjetischen Offizieren am 7. Nov. 1934: »Niemand werden wir vergessen, was die Sowjet-Armee für Deutschland während der letzten zehn Jahre geleistet hat. [...] Ich leere mein Glas auf das Wohl und die Zukunft der großen und ruhmreichen Sowjet-Armee [...].« K. O. Paetel, Versuchung oder Chance. Zur Geschichte des deutschen Nationalbolschewismus, Göttingen 1965, S. 250.)

deutsch-geführten EU mit Russland in einer eurasischen Wirtschaftseinheit angesehen⁹; deren Ausweitung auf das angrenzende China wäre für die Ambitionen der USA der GAU schlechthin.

Fürs erste wurden Interessen des deutschen Kapitals in das US-amerikanische Vorgehen integriert. Das Territorium der NATO wurde sukzessive nach Osten verschoben, wovon Deutschland profitierte. In der Folge nahmen die USA verschärft die *Ukraine* ins Visier¹⁰, den ökonomisch wichtigen und sicherheitspolitisch wichtigsten Nachbarstaat an Russlands Westgrenze und am Schwarzen Meer *und* ein zentrales Land »Zwischeneuropas« (R. N. Coudenhove-Kalergi, G. Wirsing) zwischen Russland und Deutschland.

Der Interessen-Gleichklang der NATO-Staaten währte nicht lange. Nach einer farbenprächtigen Revolution und einem aufwändigen, teilweise offen ausgetragenen Kampf gegen die Interessen Deutschlands (das in Kiew eine der größten BND-Stationen unterhielt) und der EU bzw. der Union Deutschland-Frankreich haben die USA 2014 in Kiew mit einem k. o. triumphiert. (Haben die Deutschen als Trostpreis den Bürgermeister von Kiew erhalten?) Unvergessen die offene Desavouierung der beiden gegnerischen EU-Staaten und ihrer politischen Repräsentanten, die in der »Ukraine-Krise« nicht ohne Erfolg vermittelt hatten, und das höhnende »Fuck the EU« Frau Nulands. Mit dieser Eroberung war es den USA gelungen, Russland und Deutschland auf absehbare Zeit nachhaltig voneinander zu trennen; im weiteren Verlauf der Operation soll-

ten beide Staaten unumkehrbar gegeneinander in Stellung gebracht werden.

Was damals in Kiew geschah, auf dem Maidan-Platz (wie oft hat man in diesen Jahrzehnten »Plätze« kennen gelernt! Peking, Prag, Istanbul ...), war, wie man hört, eine *Revolution*. Und zwar eine »Revolution der Würde«, volkstümlich: »Euromaidan«.

IV. Exkurs: Kriegsziele – ein Blick nicht nur zurück

In der nachsowjetischen Europa-Politik haben die USA nicht nur Züge alter auf die Durchdringung Ost- und Südosteuropas gerichteter »Mittleuropa«-Strategien des Deutschen Reiches übernommen. Ihre »Farben-Revolutionen« gehören zur Gattung des ehemals kaiserlich-deutschen Kriegsmittels und -ziels »Revolutionierung«, wie sie Fritz Fischer in »Griff nach der Weltmacht« aufgezeigt hat (dort v. a. in den Kapiteln 4 und 20). Das markanteste Beispiel einer solchen »Revolutionierung« ist die aktive Hilfe des Deutschen Generalstabs bei der Oktober-Revolution gewesen. Vorausblickend der Diplomat Brockdorff-Rantzau¹¹ in einer Denkschrift vom 6. Dezember 1915: »Der Sieg und als Preis der erste Platz in der Welt ist aber unser, wenn es gelingt, Rußland rechtzeitig zu revolutionieren und dadurch die Koalition [der Kriegsgegner] zu sprengen.« (Fischer, S. 130)

Das Deutsche Reich hat für die nötige Vorarbeit dieser Revolutionierung 40 Millionen Mark bereitgestellt, wovon 26 Millionen tatsächlich ausgegeben wurden.¹² (Zum Vergleich:

9 J. Höslér, Zu Russlands Transformation, Geschichtspolitik und Imperialismus: Beilage der *Marxist. Blätter* 4/2022, S. 19: »Wer Eurasien beherrsche, kontrolliere knapp 75 Prozent der Weltbevölkerung und der Energievorkommen sowie »fast automatisch« Afrika, so Brzeziński. Für die US-Regierungen war und ist daher jedes Mittel recht, um Russland zu schwächen und seine Annäherung an Westeuropa zu stören.«

10 J. Höslér, a. a. O.: »[...] Brzeziński, für den die Ukraine den »geopolitischen Dreh- und Angelpunkt« darstellt, um Eurasien zu beherrschen.«

11 Botschafter in Kopenhagen, nach der Oktoberrevolution später in Moskau.

12 Fischer ebenda. – Welche Probleme sich für die deutschen Planungen und Bewegungen im Osten daraus ergaben, dass der Freund, die bolschewistische Regierung, zugleich der Feind war, und wie man unsichere Kandidaten wie die Kosaken bei der Stange hält, nämlich mit viel Geld, kann man nachlesen in einem unglaublichen Dokument deutscher Verblendung: Protokoll der Kriegsbesprechung zwischen Reichsregierung und Oberster Heeresleitung unter Vorsitz von Kaiser Wilhelm II. in Spa, 2./3. Juli 1918 (!), in: Opitz, Europastrategien, Dok. 41.

Die USA beziffern die Kosten ihrer Revolutionierung der Ukraine auf über 4 Milliarden \$.¹³⁾ Fischer in ›Griff nach der Weltmacht: ›Trotz der Rückschläge wurden die Bolschewiki, ebenso wie die separatistischen Nationalitäten, kontinuierlich von Deutschland unterstützt. So konnte [Unterstaatssekretär] Kühlmann, nach der erfolgreichen Oktoberrevolution am 3. Dezember rückschauend sagen: ›Erst die Mittel, die den Bolschewiki auf verschiedenen Kanälen und wechselnder Etikette von unserer Seite dauernd zuflossen, haben es ihnen ermöglicht, die Prawda, ihr Hauptorgan, auszugestalten, eine rege Agitation zu betreiben und die anfangs schmale Basis ihrer Partei stark zu verbreitern.« (S. 309)

Die russische *Ukraine* aufzumischen hatte das Deutsche Reich von Anfang an im Visier. In einem Erlass des Reichskanzlers vom 11. August 1914 werden als Ziele bezeichnet: »Insurgierung nicht nur Polens sondern auch der Ukraine erscheint uns sehr wichtig; 1. als Kampfmittel gegen Russland; 2. weil im Fall glücklichen Kriegsausgangs die Bildung mehrerer Pufferstaaten zwischen Rußland und Deutschland bzw. Österreich-Ungarn zweckmäßig würde, um [...] Rußland möglichst nach Osten zurückzudrängen; [...].« Fritz Fischer kommentiert: »Die deutsche Reichsführung kam also nicht erst Anfang 1918 in Brest-Litowsk [...] auf den Gedanken, einen selbständigen ukrainischen Staat zu schaffen, sondern hatte bereits in der

zweiten Kriegswoche die Loslösung der Ukraine von Rußland zum Ziel [...] erklärt.«¹⁴⁾ Wie Fischer weiter schreibt, gehörte zu den Vorbereitungen auf dieses Ziel, »angeführt von Paul Rohrbach, eine in den Jahren 1915/16 immer stärker anschwellende deutsche Publizistik über die Ukraine.« (S. 121.) Rohrbach, »nicht bloß der ernsteste Wortführer des Imperialismus in Deutschland, sondern auch [...] halb und halb ihr offizielles Mundstück« (Rosa Luxemburg)¹⁵⁾, 1917: »Erst dann [mit der »Selbständigkeit der Ukraine«] wird man sagen können, daß die russische Gefahr für Deutschland und ganz Mitteleuropa beschworen ist.«¹⁶⁾

Nicht nur vom Schwarzen Meer sollte Russland abgeschnitten werden, sondern auch vom Kaukasus. Wie beides zusammenhängt, erläutert ein k. u. k.-Militärbericht vom 13. Juni 1918: »Die Deutschen verfolgen in der Ukraine ein bestimmtes wirtschaftlich-politisches Ziel. Sie wollen [...] den sichersten Weg nach Mesopotamien und Arabien, nach Baku und Persien, den ihnen der Einmarsch in die Ukraine in die Hand gespielt hat, für immer in der Hand zu behalten. Zu diesem Zweck haben [sie] die Absicht, die Krim in irgendeiner Form zu behalten [...].«¹⁷⁾ Eine ähnliche Anregung hatte schon vier Jahre früher August Thyssen in einer Denkschrift vom September 1914 vorgelegt: »Russland muss uns die Ostseeprovinzen, vielleicht Teile von Polen und das Dongebiet mit Odessa, Krim, sowie das asowische Gebiet und den Kaukasus

Kostprobe: »*General Ludendorff*: Verhalten gegenüber den Monarchisten in Russland: Wir dürfen die Monarchisten nicht verprellen. Dafür müssen wir uns gewisse Garantien schaffen. *Reichskanzler*: Ist besorgt, wenn ein monarchisches Russland wieder erstarkt, und bezweifelt, dass die Monarchisten den Brester Vertrag anerkennen werden. *General Ludendorff*: Mitteilungen mehren sich, dass die Monarchisten dies tun werden. *Kriegsminister*: bestätigt dies. Die Monarchisten finden sich mit dem Baltikum ab, wollen aber unterstützt werden bei der Wiedervereinigung der Ukraine mit Großrußland.« (S. 454; zu Donbass, Krim und Georgien: S. 456 ff.)

- 13 Die Investition der USA in die »Orangene Revolution« von 2004 ist vergleichsweise bescheiden gewesen.
 14 Fischer, a. a. O., S. 117 f. – Ähnliches ließ der österreichisch-ungarische Außenminister Graf Berchtold am 17. Oktober 1914 die bulgarische Regierung wissen; der türkischen Regierung übermittelte er im November 1914, »unser Hauptziel sei die nachhaltige Schwächung Rußlands, weshalb wir auch im Falle unseres Sieges die Gründung eines unabhängigen ukrainischen Staatswesens begrüßen würden« (Fischer, S. 118).
 15 R. Luxemburg, a. a. O., S. 108.
 16 P. Rohrbach, Die russische Revolution, 1917. Opitz, Europastrategien, Dok. 32. (Rohrbach war u. a. Mitarbeiter im Reichsmarineamt und im AA.)
 17 Fischer, a. a. O., S. 485. Zu Revolutionierungen im Kaukasus: S. 486 ff. ff.

abtreten, um auf dem Landwege Kleinasien und Persien zu erreichen.«¹⁸

Die Reflexion des Lichts, das man auf die Vorgänge jener Zeit richtet, beleuchtet die aktuelle Gegenwart. Wenn nachher die *Prag-Rede* des Bundeskanzlers vorgestellt wird, sollte man all das im Gedächtnis haben. Auch Thyssens Frage, wie »das neue, größere Deutschland« die riesigen Aufgaben bewältigen könne. *Allein* sicher nicht. Gebraucht wird »die Bildung eines großen mitteleuropäischen Zollvereins [...], der Deutschland mit seinen neuen Gebieten, sowie Holland, Frankreich, Dänemark, die Schweiz Österreich/Ungarn und die Balkanstaaten umfasst.«¹⁹ Und Kurt Riezler, enger Mitarbeiter des Reichskanzlers Bethmann Hollweg, sieht 1916 eine »Koalition des Friedens«, die »von der Nordsee bis zum persischen Meerbusen reichen wird. Das alte römische Reich deutscher Nation, dessen Nachfolger der erstehende mitteleuropäische Bund ist, war der Idee nach auch nicht viel anderes wie eine solche Staatengesellschaft.«²⁰ In sein Tagebuch hatte Riezler am 18. April 1915 eingetragen: »Gestern lange mit dem Kanzler zusammengesessen, um ihm mein neues Europa, d. h. die europäische Verbrämung unseres Machtwillens, auseinanderzusetzen. Das mitteleuropäische Reich deutscher Nation.«²¹

V. Hinkende Nachfolge

Seit dem »Euromaidan« folgt Deutschland, wenn auch ächzend, im Wesentlichen den Vorgaben aus den USA. Zu denen gehört nicht nur der Stopp russischer Erdgas- und Erdöllieferungen, sondern ein Zurückfahren möglichst jeglichen Handels und sonstigen Austauschs mit Russland. Logischerweise kann auch auf den Ausschluss Russlands aus dem internationalen (von den USA kontrollierten) Zahlungsverkehr nicht verzichtet werden. Schließlich geht es darum, Russland »zu ruinieren«, wie es die Stimme der aggressivsten Teile des US-Imperialismus in der Bundesregierung bekannt hat. (Ähnlich Ursula von der Leyen: Es gehe darum, die Industriebasis des Landes zu zerstören.)²² Dass diese Stimme fordert, den Krieg mit mehr Waffen an die Ukraine zu füttern, »um Menschenleben zu retten«, legt nahe, dass ihr jemand von der Denkschrift des Prinzen Max von Baden vom März 1918 über den »ethischen Imperialismus« erzählt hat, in der dieser erklärt: »Das Recht ist mit uns, wenn wir eine kontinentale Zusammenfassung zum Schutze der Freiheit der Meere erstreben und in den Dienst dieses Menschheitsziels unseren U-Bootkrieg, ja das U-Boot überhaupt stellen wollen.«²³

18 Opitz, Europastrategien, Dok. 6.

19 Ebenda. – Vgl. die Rede Carl Duisbergs vom 31. März des Nach- und Vorkriegsjahrs 1931, in: U. Hörster-Philippis, *Wer war Hitler wirklich? Großkapital und Faschismus 1918–1945. Dokumente*, Köln 1978, Dok. 212: »Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa [später korrigiert: bis Sofia] wird Europa das wirtschaftliche Rückgrat geben, dessen es zur Behauptung seiner Bedeutung in der Welt bedarf.«

20 K. Riezler, *Polen, der Frieden und die Freiheit*. (Nov. 1916.) Opitz, Europastrategien, Dok. 27. Dort Anm. zu Riezlers Aufsatz »Deutsches Programm« 1916: »Unsere und unserer Verbündeten Truppen und unsere Flotte werden die endgültigen Grundlagen schaffen für die ins einzelne gehende Ausgestaltung der hierher gehörenden Punkte.«

21 Opitz, Europastrategien, Dok. 16.

22 *FAZ*, 25.3.22; *jW*, 31.10.22/K.-H. Dellwo.

23 Opitz, Europastrategien, Dok. 36. – Zum »ethischen Imperialismus« s. auch Dok. 40, Oberst v. Haeften, 3. Juni 1918, über die Planung einer »Friedensbewegung«: »Ganz allgemein gilt es, das Rechtsgefühl der Welt für die deutschen Kriegsziele zu gewinnen, ja sie zu überzeugen, daß eine einflußreiche und führende Gruppe in Deutschland die allgemeinen Welt- und Menschheitsziele in ihren nationalen Willen ehrlicher aufgenommen hat als die Wortführer der Entente. [...] Aufgabe, nichts unversucht zu lassen, um die Friedensbewegung bei unseren Feinden so zu stärken, daß sie bei ihnen [...] den Zusammenbruch der inneren Front herbeiführt.«

Kurze Zeit hat man in der BRD noch Einwände gegen die Destruktion *jeglicher* Rapallo-Politik gehört – erstaunlicherweise (?) besonders wahrnehmbar aus dem militärischen Sektor, wo der Chef der Bundesmarine 2021 Verständnis für die russische Position und auch für Präsident Putin zeigte; nach seinem sofort bewerkstelligten Rücktritt hat er demonstrative Solidarität von – pensionierten! – militärischen Großgewichten wie dem General Kujat und dem Militärberater von Kanzlerin Merkel, Oberst, später General Vad erfahren.²⁴ War da ein Hauch von Tauroggen zu spüren? Stimmen dieser Art sind zwar bald wieder verstummt, aber das Phänomen wird sich nicht in Luft aufgelöst haben.

Bei der Planung und den einzelnen Zügen des Kräfteressens haben die USA die Richtung vorgegeben und deren Realisierung durchgesetzt. Es hat manche überrascht, dass der Hauptangriff nicht im Osten gegen den Konkurrenten China, sondern in Europa erfolgt ist. Ja, es geht um *Europa*, um den *Nordatlantik*, die *Arktis*, um die *Verbindung zum Fernen Osten* – und um die *Zerlegung Russlands* in seine Teile. Letzteres hat »klassisch« Paul Rohrbachs »Orangentheorie« vorgegeben, wonach man Russland in einzelne Happen zerlegen und diese dann wie intakt gebliebene Scheiben einer Orange einzeln verspeisen könne. Auch der erwähnte Kurt Riezler folgte dieser kulinarischen Vorstellung: »Es ist nicht gleich anzunehmen, daß nämlich nun an eine Zerlegung Russlands in seine einzelnen Bestandteile gedacht werden könnte. [...] Möglich, daß z. B. eine Eroberung der Ukraine ein ukrainisches Staatswesen hinstellen kann [...]. Ohne ein solches Ereignis [...] werden die Abhängigkeiten der verschiedenen

russischen Gebiete voneinander ihre Wirkung behalten.«²⁵ Nach der Zerlegung Russlands stünde die Wertegemeinschaft an den Grenzen Chinas und könnte – der Appetit kommt mit dem Essen – sich in einem ersten Schritt beispielsweise an die Befreiung der Uiguren und der Tibeter machen. Mehr oder weniger unauffällig wird in Zentralasien, früher sprach man vom »weichen Bauch der Sowjetunion«, fleißig an allerlei Sprengkörpern und Brandbeschleunigern gearbeitet. (Kürzlich hat Frau Baerbock den Usbeken einen Besuch abgestattet.) Das moderne Kriegsgerät, das die USA in großer Menge *unmittelbar* vor ihrem Abzug aus Afghanistan ins Land gebracht haben, wird schon seine Verwendung finden.

Beim sommerlichen Gipfeltreffen der Shanghai-Kooperation in Samarkand haben Xi und Putin eine Vertiefung ihrer Zusammenarbeit verabredet.²⁶ Das beruhigt. Die USA werden nach allen Regeln der Kunst Misstrauen zu erzeugen suchen.

Ende Oktober 2022 stellten die USA ihre angepasste »Nationale Sicherheitsstrategie« vor. Es wird festgehalten, *Russland* sei nicht in der Lage, »die USA auf lange Sicht systemisch herauszufordern«. Nur *China* sei dazu fähig.²⁷ Das kann man nachvollziehen. Was die Strategen in Washington nicht verraten: *Zusammen* mit Deutschland und der EU stellt Russland allerdings, wie oben (Kap. III.) gesagt, eine systemische Herausforderung dar. Es ist nicht anzunehmen, dass man das im Weißen Haus übersehen hat.

Der aktuelle Krieg der USA war und ist ein Krieg der USA gegen diesen Komplex EU – Russland, in *einem* Zug sowohl gegen *Russland* als auch gegen den *europäischen Konkurrenten*

24 Zu Erich Vad: H. Kramer, Schreibtischtäter und ihre vergessenen Opfer, Siedendolsleben 2022, S. 130: »Er scheut sich nicht vor engen Kontakten zu rechtslastigen Organisationen [...] Sein großes Vorbild ist der Jurist Carl Schmitt.« – Stanislaw Retinski auf dem UZ-Pressesfest zu solchen Phänomenen: »Ein Teil der europäischen Bourgeoisie braucht [...] eine Schwächung eines so starken Konkurrenten wie die USA.« (jW, 17.9.18.)

25 Opitz, Europastrategien, Dok. 27.

26 Das hat eine Tradition. Im Jahr 1689 haben Russland und China im sibirischen Nerschinsk einen »ewigen Vertrag« geschlossen, »um einen dauernden Frieden zu sichern«.

27 jW, 29./30.10.22; *Unsere Zeit*, 28.10.22/Wagener.

(insofern auch: \$-Imperialismus versus €-Imperialismus). Die gegen Russland verhängten Sanktionen treffen Deutschland ins Mark, während die USA von ihnen enorm profitieren, zumal ihr Handelsvolumen mit Russland nicht ins Gewicht fällt. Als kleine Kompensation winken der EU einträgliche Aufträge beim Wiederaufbau der Ukraine. Anfang Juli hat am neutralen Finanzplatz Lugano eine Konferenz mit Frau von der Leyen stattgefunden («Ukraine Recovery Conference»), auf der die jeweiligen Claims für die aufbauwilligen Kolonialisten verteilt wurden.²⁸ Wenig später stellte Habeck bei einem Treffen der G7-Handelsminister in Brandenburg »eine Art Landkarte der Investitionsmöglichkeiten« in der Ukraine vor; private Investitionen einschließlich der Kriegsrisiken sollen durch öffentliche Mittel abgesichert werden. (*jW*, 16.9.22.) – Es wäre mehr als seltsam, wenn es nicht auch Landkarten gäbe, auf denen die Anteile der Räuber bei der Aufteilung Russlands eingetragen sind – das Fell wird zerlegt, bevor der Bär erlegt ist.

Eine Beruhigung haben die Versprechungen nicht gebracht. Wirtschaftsverbände senden alarmierende Hilferufe. Das politische Personal zeigt sich bemüht, aber zugleich auch ziemlich hilflos. Unter den EU-Regierungen spricht die ungarische Klartext: Die Sanktionsmaßnahmen gegen Russland sind nicht ein Schuss ins Knie, sondern ein Schuss in die Lunge, der uns den Atem nimmt (überraschenderweise scheinen in einer k. u. k-Verbundenheit Wirtschafts- und Regierungskreise auch in Österreich in die realistische Prosa einzustimmen).²⁹ Im deutschen Regierungslager hat Kubicki von der FDP öffentlich gefragt, ob man, versuchsweise, nicht doch Nordstream 2 öffnen sollte. Sachsens Ministerpräsident Kretschmer

(CDU) nervt die Bundesregierung regelmäßig mit der Aufforderung, auf russisches Gas zuzugreifen – wenigstens nach dem Kriegsende. (*jW*, 24.10.22. – Ob er eine Rückendeckung aus München erhält?) Allmählich werden auch aus dem gewerkschaftlichen Lager Stimmen deutlicher vernehmbar, die ein Ende der Zumutungen fordern, die die alltägliche Existenz immer größerer Menschengruppen existenziell bedrängen. In einer umstrittenen Bundestagsrede gegen den verordneten Irrsinn hat Sahara Wagenknecht der verbreiteten Stimmung Ausdruck verliehen.

Alles könnte noch schlimmer kommen. Aus der »Wirtschaft« vernimmt man Warnungen: Um Himmels willen, brockt uns so etwas nicht auch noch mit China ein; das könnten wir gar nicht mehr verkraften. Sigmar Gabriel: »So unterschiedlich China und Deutschland [...] auch sind, so verbindet beide Länder doch nach wie vor die Integration in die internationale Arbeitsteilung und Wertschöpfung.«³⁰ Der Präsident von »Gesamtmetall«: »Stellen Sie sich mal vor, wir schneiden plötzlich alles ab, was heute aus China nach Europa kommt. Das ist unvorstellbar.« (*jW*, 5.9.22.) Der Chef der BASF fordert, es sei »dringend notwendig, dass wir vom China-Bashing wegkommen«. (*jW*, 27.10.22.) Andere Chefs erwägen, es könnte sicherer und billiger sein, Produktionen statt nach China nach USA zu verlagern. Ein weiterer Punkt für die USA. Das Wirtschaftsministerium stellt dem nichts in den Weg und arbeitet an der Umorientierung; unter dem Eindruck eines Besuchs in der Ukraine am 25. Oktober warnte der Bundespräsident vor neuen, diesmal China zugewandten Abhängigkeiten. Ob am 4. November der Bundeskanzler die Bosse von BASF, Siemens, Volkswagen usw. nach Peking

28 Araújo, Neokoloniale Ukraine-Konferenz, *Unsere Welt* (Schweizerische Friedensbewegung) 3/2022.

29 Auch in Rumänien rumort es: Am 24. Oktober ist der Verteidigungsminister zurückgetreten, weil er sich gegen den Präsidenten Klaus Johannis mit einem Appell für Friedensverhandlungen zwischen USA und Russland nicht durchsetzen konnte: *jW*, 25.10.22.

30 S. Gabriel und M. Hüther im *Tagesspiegel*, 8.6.22, zit. in: K. Eichner, Bis alles in Scherben fällt. Der Kampf der USA um eine neue Weltordnung, Berlin 2022, S. 113 f.

mitgenommen hat oder diese den Kanzler, sei dahingestellt; wie auch immer, das Gespann scheint der US-Fraktion ein Schnippchen geschlagen zu haben.³¹

VI. Krieg und Nicht-Krieg

Über viele Jahre wurde die Realisierung des *Minsker Abkommens* verschleppt und, wie bald deutlich geworden ist, von USA und Ukraine *prinzipiell* torpediert. Das bedeutete eine enorme Minderung des politischen Gewichts der EU, aus der Großbritannien vorsorglich herausgezogen worden war. Die Vereinbarung von 2015 – vorausgegangen war ein Waffenstillstandsabkommen – respektierte die elementaren Sicherheitsinteressen Russlands; die Ukraine verzichtete auf einen NATO-Beitritt; bezüglich der Donbass-Frage wurde ein Weg gefunden, der in festgelegten Schritten zu einer Normalisierung und inneren Befriedung des bestehenden ukrainischen Staates führen sollte. Dieses »Minsk 2« war von *Kiew, Moskau, Paris* und *Berlin* ausgehandelt worden, war mithin ein Abkommen *europäischer* Regierungen; es wurde von der UNO übernommen und ihrer Supervision unterstellt (Resolution des Sicherheitsrats 2202/2015). Ein Abkommen ohne die USA.

Die militärische Seite des Geschehens ist hinreichend vorgezeichnet. *Damals*, zu Helmut Kohls Zeiten, sollte mit Vorrang die größere Bundesrepublik Deutschland störungsfrei installiert werden; die NATO hielt sich zurück. Nun aber war die Haltbarkeit alter Zusicherungen abgelaufen. Schritt für Schritt hat die

NATO sich nach Osten ausgedehnt und den Westen Russlands eingekreist, und schließlich wurde auch der Ukraine – neben einem EU-Beitritt – eine NATO-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt.

Seit dem Kiewer Putsch 2014 gibt es wieder Krieg in Europa, zum zweiten Mal nach der Katastrophe Jugoslawiens. Die Regionen, die sich dem Diktat der Putschisten entzogen hatten, wurden entweder – wie im Fall der Krim – von den Versorgungsleitungen abgeschnitten oder aber – wie im Fall der russischsprachigen südöstlichen Bezirke – von der Zentralregierung militärisch angegriffen. Dieser Krieg wurde und wird auf der Seite Kiews zunehmend mit *direkter* NATO-Unterstützung und in deren Stellvertretung geführt.³² Er ist gewollt, und der Austragungsort Ukraine war vorgesehen. Die NATO-Osterweiterungen hatte die Kriegszone nach Osten verschoben³³ – in Schussweite zu Leningrad, Moskau und Stalingrad. Die Kerneuropäer bleiben in der Etappe.

Russland hat sich angesichts dieses Szenarios auffallend defensiv verhalten. Es hat die Krim, dem unstrittigen Wunsch der Mehrheit der Bewohner folgend, in die Föderation aufgenommen und damit zugleich den von der Ukraine bedrohten strategischen Stützpunkt Sewastopol gesichert. Die Bewohner des Donbass, soweit sie unter dem Schutz der regionalen bewaffneten Kräfte standen, erhielten auf Antrag russische Pässe. Im Ganzen setzte Russland über die langen Jahre von 2014/15 bis 2022 trotz allem auf eine Realisierung des Konzepts von Minsk – irgendwie. Vor allem verlangte es immer von Neuem *schriftliche* Sicherheits-

31 Dazu B. Landefeld (»Unter Friendly Fire«) und S. Carlens in der *UZ* vom 11.11.22. Wenig später besuchte Scholz Vietnam. Für das Kapital mag Vietnam so etwas wie ein kleines China sein; politisch bietet es außerordentliche Vorteile, da die Bundesrepublik sich in ein Erbe der Freundschaft Vietnam-DDR einschleichen kann.

32 *Friedensratschlag* (Juni 2022), a. a. O., S. 4: »Am 10. November 2021 unterzeichneten die USA und die Ukraine eine [...] Charta der strategischen Partnerschaft, die u. a. den NATO-Beitritt der Ukraine und die Rückeroberung der Krim als Ziel formuliert.«

33 Vor vielen Jahren hat ein deutscher General mit Weltkriegserfahrung gesagt, ein Krieg in Europa sei heutzutage nur noch jenseits der Weichsel möglich.

garantien.³⁴ Vergeblich. Im Dezember 2021 brachte es den Vorschlag ein, zur Beruhigung der brandgefährlichen Lage die NATO auf den Stand der NATO-Russland-Grundakte von 1997 zurückzunehmen.³⁵

Ewig konnte die Spannung nicht halten, zumal im Februar 2022, im Winter, die Truppen Kiews aus ihren Befestigungen den Beschuss auf die »Volksrepubliken« erheblich verstärkten. So sahen es auch die Regierungen in Paris und in Berlin. Noch im Februar, kurz vor dem befürchteten direkten militärischen Eingreifen Russlands, haben Scholz und Macron einen verzweifelten Versuch unternommen, Kiew zu bewegen, doch noch mit der Umsetzung des Minsker Abkommens zu beginnen. Am 21. Februar erkannte Russland die beiden »Volksrepubliken« als eigene Staaten an, am 24. begann es mit dem Einmarsch.

Etwa zur gleichen Zeit hat Washington seinerseits ein Signal gesendet. Während die russischen Truppen den Marschbefehl erhielten, hat Präsident *Biden* fürs erste einen möglichen Handlungsrahmen markiert, indem er öffentlich erklärte: Wenn Russen in einen Streifen der Ostukraine eindringen, sei das keine wirklich schlimme Sache – was sein Außenminister sofort empört zurückwies. Und: Die USA werden keine Truppen schicken, denn: würden Russen und Amerikaner aufeinander schießen, dann würde das *Weltkrieg* bedeuten – was aus der US-Perspektive heißt, dass der Krieg regional in Europa bleiben soll. Ein stillschweigendes Einvernehmen im Blick auf die anlaufenden russischen Operationen? Im September 2021 hatten sich die Generalstabschefs der USA und Russlands, Milley und Gerassimow, auf dem

Boden Finnlands getroffen (ein Zusammenhang mit Art. 47 der UNO-Charta?).

In dem Vorgang stecken *zwei* mögliche Motive; sie schließen sich gegenseitig nicht aus: In der Adenauer-Zeit setzte sich die SU, dem Potsdamer Abkommen folgend, für die Einheit Deutschlands ein; die einzige Bedingung war eine Neutralität – ungefähr nach dem Modell Österreichs. Die Gegenlinie Adenauers und Washingtons hieß damals: Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb. Ob man mutatis mutandis in unserem Zusammenhang für ›Deutschland‹ ›Ukraine‹ einsetzen kann? *Und*: Vor dem Beginn des ersten Irak-Krieges haben die USA durch ihre Botschafterin April den Irak wissen lassen, dass man gegen einen Einmarsch in Kuwait nichts einzuwenden habe. Es war, wie man bald erfuhr, eine Falle...

Man muss sich vor Augen halten: Russland, eingekreist und blockiert, war in eine Position der Notwehr-Verteidigung gedrängt worden. Es hatte geduldig, wie manche sagen: zu geduldig, Vieles hingenommen. Gab es jetzt für Russland eine weitere letzte Linie? Welche Wahl hatte es noch? Die Möglichkeit der Landesverteidigung war substantziell in Frage gestellt. Es hat daher die Gewährleistung der essentiellen Sicherheitsinteressen *erzwungen*: Erzwungen wurden mit dem Einsatz militärischer Mittel die Kontrolle angrenzender Territorien und die Ermöglichung weiterreichender militärischer und politischer Optionen. Erzwungen wurde mit der militärischen Präsenz auch ein Weiterführen der Gespräche bzw. deren Wiederaufnahme. Es handelt sich bei der gegebenen Lage um einen präemptiven *Verteidigungskrieg*,³⁶ der

34 Deklarationen zur *gemeinsamen Sicherheit*: KSZE 1975 mit der Charta von Paris 1990; NATO-Russland-Grundakte 1997.

35 *Friedensratschlag*, a. a. O., S. 4. – Zur »Grundakte« (in deren Absichtserklärung u. a. geschrieben steht, dass in künftigen neuen NATO-Staaten keine A-Waffen stationiert werden): J. Höslér, a. a. O., S. 16f.

36 *Friedensratschlag* (Juni 2022), a. a. O., S. 3: »Tatsächlich ist der Krieg Russlands eine Antwort auf die [...] NATO-Osterweiterung und westliche Aufrüstungs- und Konfrontationspolitik [...]. Sie begann bereits in den 1990er Jahren [...] – entgegen klarer, verbindlicher Zusagen gegenüber Moskau [...] und entgegen [...] dem Vertrag zur Deutschen Einheit, in der zukünftigen Friedensordnung die Sicherheitsinteressen eines jeden beidseitig zu berücksichtigen. Die Ostexpansion ging einher mit der Missachtung und Kündigung von Abkommen zur Rüstungs- und Stationierungskontrolle durch die USA und NATO [...].«

in etwa mit dem »Winterkrieg« der SU gegen Finnland 1940/41³⁷ verglichen werden kann.

Bei der Beurteilung der Lage ist zu bedenken: Um einen Gegner zum Aufgeben zu nötigen, kann es genügen, kriegsentscheidende militärische Optionen und Positionen zu erörtern, und ihm dann mit einem Fingerzeig auf die Karte zu sagen: Schach matt; es muss nicht einmal ein Schuss gefallen sein. In diese Falle wäre Russland *akut* geraten, wenn es nicht unmissverständlich militärisch aufgetreten wäre. Wo der diplomatische Weg versperrt war, hat Russland mittels der militärischen Intervention Realitäten geschaffen, die dazu angetan sind, im internationalen Verkehr wieder ernsthafte Gesprächsinteressen zu beleben.³⁸

Im Ganzen lag die Initiative des Prozesses bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Sie haben den Krieg provoziert. Die Absicht, Russland auf die eine oder andere Weise zu *enthaupten*, wurde nicht geheim gehalten. Russland stand vor der Entscheidung, *entweder* zu kapitulieren *oder* sich als eine eigenständige Macht zu *behaupten*, dann aber ein großes Risiko einzugehen und zudem in Kauf zu nehmen, in den Augen eines Teils der europäischen Öffentlichkeit einen »durch nichts zu rechtfertigenden verbrecherischen Angriffskrieg« zu führen. Der Aggressor erscheint als der Hüter des internationalen Rechts.

Der Krieg ist furchtbar. Die *Frage* ist, ob Russland nicht besser auf das Mittel des Kriegs verzichtet hätte? Erhellend kann ein Nachdenken darüber sein, was die Folgen einer solchen Entscheidung gewesen wären und noch wären, und die Folgen der Folgen – nicht allein

für Russland, sondern für das extrem labile politische Gefüge der Welt... Die *Zusatzfrage*, ob nämlich Sozialisten/Kommunisten, deren Orientierung unstrittig den Frieden in den Mittelpunkt stellt, Partei ergreifen können – es handelt sich doch ohne Zweifel um einen Krieg unter kapitalistischen Staaten –, wird von der bitteren Realität überholt. Die USA führen Krieg, die Bundesrepublik Deutschland macht »freiwillig« mit und sucht parasitär das Beste für sein Kapital und den »militärisch-industriellen Komplex« herauszuholen; sie ist eine aktive Kriegspartei. Wo sitzen die Kriegstreiber und die Nutznießer? Wer hat wem die Pistole auf die Brust gesetzt? Es ist unmöglich, die Kriegsparteien *nicht* zu unterscheiden. Der Gegner im eigenen Land ist bekannt. Ebenso die Hauptforderung des Tages:

Sofortiger Waffenstillstand, Eintreten in Friedensverhandlungen! Und im gleichen Atemzug: *Butter statt Kanonen!*

Lenin hat geraten, bei schwierigen Entscheidungen zu fragen, welche der möglichen Optionen für die Fortschrittskräfte national und international die besseren Bewegungsmöglichkeiten und Kampfbedingungen versprechen. Wie sähe die politische Weltkarte aus ohne die Präsenz eines handlungsfähigen Russland?

Man kann interessant und kontrovers über Fragen des *Völkerrechts* diskutieren. Viele Argumente wurden vorgetragen.³⁹ (Nebenbei die schüchterne Frage eines Laien: Könnte eventuell auch die – nicht gestrichene! – »Feindstaatenklausel« der UNO-Charta, Art. 53 und 107, in Betracht gezogen werden?⁴⁰) Selten hört man davon, dass außerhalb der UNO-Gremien

37 Nachdem Verhandlungen mit Finnland (Gebietsaustausch u. ä.) gescheitert waren, hatte die SU territoriale Veränderungen, die sie zur Verteidigung Leningrads im erwarteten Krieg für notwendig hielt, in einem für beide Seiten verlustreichen Krieg erzwungen. Dessen Verlauf zeigt auffallende Ähnlichkeiten mit dem Ukraine-Krieg.

38 Es hat laut General Vad »die militärische Eskalationsdominanz« behalten. (*JW*, 8./9.10.22/Schölzel, nach NDR Info 6.10.22.)

39 Zu einer Teilfrage: R. Hohmann, Erlaubt oder verboten? Zur Frage von Sezessionen im Völkerrecht: *UZ*, 7.10.22.

40 Art. 53/2: »Der Ausdruck »Feindstaat« bezeichnet jeden Staat, der während des Zweiten Weltkriegs Feind eines Unterzeichners dieser Charta war.« Unterzeichner waren die Sowjet-Union und die sozialistische Ukraine; die im Krieg mit Hitler-Deutschland verbündeten Bandera-Truppen waren deren Feind. Die Selenskij-Ukraine bekennt sich offiziell zu Bandera. Gegen eine »Wiederaufnahme der Angriffspolitik« von Feindstaaten dürfen Unter-

verhängte *Sanktionen* völkerrechtlich verboten sind: Art. 53 der UNO-Charta und Resolution 27/21 zu »Human rights and unilateral coercive measures« des UNO-Menschenrechtsrats (26.9.2014); sie kommen einem Kriegsakt gleich und »haben weitreichende Auswirkungen auf die Menschenrechte der Gesamtbevölkerung der betroffenen Staaten«. ⁴¹

VII. Wie weiter?

Nach wie vor wird geschossen und gestorben. Gleichzeitig finden hinter den Kulissen diplomatische Gespräche statt. ⁴² Zu einer Verhandlungslösung drängt nachdrücklich auch China. Russland hält in der militärischen Auseinandersetzung am *Primat der Politik* fest und hat von vornherein die amtliche Sprachregelung vorgegeben, wonach es keinen »Krieg« gegen die Ukraine führe (der würde anders aussehen), sondern besondere militärische Operationen mit begrenzten Zielsetzungen exekutiere. ⁴³ (Auf der anderen Seite hat in diesem Sommer der Chef des Sicherheitsrats der Ukraine, Danilow, als Kriegsziel definiert: »Zerfall Russlands in seiner jetzigen Gestalt.«) Mit dem Krieg wurde also der »politische Verkehr« nicht suspendiert – gemäß der Polemologie *Clausewitz'*, wonach »der Krieg [...] nichts anderes als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel« ist. Damit werde zugleich gesagt, »daß dieser politische Verkehr durch den Krieg selbst

nicht aufhört, nicht in etwas ganz anderes verwandelt wird.« ⁴⁴

Linke wie rechte Kritiker werfen Putin eine zu große Zögerlichkeit der Kriegsführung vor. Dass Washington, Berlin und Brüssel versuchen werden, bei passender Gelegenheit *alle* Lager der Kritik für einen Moment zum Sturz Putins zu verbinden, ist denkbar. Das ursprüngliche Ziel eines schnellen Regimewechsels ⁴⁵ scheinen die USA aber vertagt zu haben.

Während der kriegerischen Handlungen haben Moskau und Kiew in Istanbul verhandelt und konnten sich auf einen Waffenstillstand und über den Neutralitätsstatus der Ukraine verständigen – er war in der Verfassung der Ukraine von 1991 verankert und wurde 2019 aufgehoben ⁴⁶. Sie konnten an Versprechungen aus Selenskij's Präsidentschaftswahlkampf anknüpfen. Dieser hatte angekündigt, den Krieg im Osten zu beenden, Donezk und Lugansk eine Teilautonomie zu gewähren und überhaupt Minsk 2 zu ratifizieren. ⁴⁷ Im Mai 2019 wurde Selenskij zum Präsidenten gewählt. Im Oktober des Jahres wollte er, nun als Präsident, der »Steinmeier-Formel« hinsichtlich der Autonomie der abtrünnigen Gebiete folgen. ⁴⁸ Ende März 2022 schlugen die Unterhändler der Ukraine einen bündnisfreien und atomwaffenfreien Status vor; die Sicherheit solle von einem Staaten-Konsortium garantiert werden. ⁴⁹ Der Bundeswehrgeneral Kujat: »Damit hätte der Krieg bereits im Frühjahr beendet werden können! Doch er ist nicht beendet worden, weil

zeichnerstaaten der Charta Maßnahmen ergreifen. Dürfte die Russische Föderation als Rechnachfolgerin der UdSSR »Maßnahmen ergreifen«? Solche Maßnahmen »werden durch diese Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt« (Art. 107).

41 *jW*, 20.9.22./Mellenthin; vgl. *UZ*, 11.11.22./Meier.

42 Ob die russischen Truppen entlang möglicher Verhandlungslinien während der letzten Monate und Wochen auf den Südkosten der Ukraine und auf die linke Dnjepr-Seite zurückgezogen wurden?

43 In diesem Zusammenhang zum Problem einer ukrainischen Atom-Waffe und zum AKW Saporoschje: *Friedensratschlag*, a. a. O., S. 5 f.

44 C. v. Clausewitz, *Vom Kriege*, Dritter Teil, 8. Buch, 6. Kapitel.

45 T. Wood, a. a. O., S. 17.

46 Ebenda, S. 14.

47 Offener Brief von Roger Waters (Pink Floyd) an Olena Selenska: *jW*, 9.9.22.

48 T. Wood, a. a. O., S. 14.

49 T. Wood, a. a. O., S. 18.

zu diesem Zeitpunkt, präzise am 9. April, der damalige britische Premierminister Johnson nach Kiew reiste und veranlasste, dass der ukrainische Präsident Selenskij dieses Abkommen nicht unterzeichnete und die Gespräche mit Russland abbrach.⁵⁰ Ähnlich der renommierte US-Ökonom Jeffrey Sachs: »Es ist dringend notwendig, wieder auf den Entwurf des Friedensabkommens zwischen Russland und der Ukraine von Ende März zurückzugreifen, das auf der Nichterweiterung der NATO beruht.«⁵¹

Anfang Oktober hat der US-Multimilliardär Elon Musk mit einem pragmatischen Vorschlag überrascht: Mehr oder weniger wird der status quo hingenommen; in dessen Umrissen wird eine neue haltbare Ordnung erarbeitet. (*jW*, 5.10.22.) Dafür hat man ihm aus Kiew die Pest an den Hals gewünscht. Wieso ist das interessant und nicht nur der Gag eines Oligarchen? Musk betreibt im erdnahen Weltraum ein umfangreiches Satellitensystem. Als Privatmann (?) ist er der Ukraine mit Satellitenaufklärung behilflich (gewesen?). Es kann aber nicht im Geschäftsinteresse liegen, dass sein extraterrestrisches Betriebsgelände in eine kriegerische Auseinandersetzung gerät; auf irgendeine Weise wird er *auch* mit den Russen auskommen müssen. In einem qualitativ weiteren Umfang gilt das ähnlich für seine Regierung. Sie hat ihre diplomatischen Kanäle nach Moskau funktionstüchtig gehalten. Präsident Selenskij hingegen, eingekleidet in die Bandera-Banden, hat sich entmündigt, indem er Anfang Oktober per Dekret Gespräche mit der russischen (Putin-) Regierung verboten hat. Verhandlungen sind

definitiv Chef-Sache; die Typen in Kiew haben dabei nichts zu suchen.

Wie werden Verhandlungslinien der USA aussehen können? Die USA haben alte Kriegsziele und -methoden Deutschlands übernommen (insofern die deutsche Regierung heute mitzieht, handelt es sich um einen Re-Import mit ausgewechseltem Etikett). Wie lesen sich unter diesem Aspekt Sätze aus der Kriegszielenkschrift des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbands Heinrich Claß vom September 1914? »Rußland war bis zu Peters des Großen Zeit ein völlig asiatischer Staat, wußte das und blickte und strebte nach Osten, nicht nach Westen. [...] Rußlands Gesicht muß daher gewaltsam wieder nach Osten umgewandt und dazu muß es im wesentlichen in die Grenzen vor Peters des Großen Zeit zurückgeworfen werden. Dann sind ihm die Fenster nach Europa hin wieder verschlossen [...] Am Dnjepr erst wird eine natürliche Grenze gegen Rußland erreicht; hinter dem Dnjepr beginnt erst das vorpetrinische Rußland [...].«⁵²

Wenn Russland von Europa abgedrängt wird, haben die USA fürs erste gewonnen. Russlands Umwendung nach Osten beschert aber neue Probleme. Putin nimmt die Verlagerungen auf und integriert sie in eine *eigene*, nicht nur reagierende Politik einer *Zeitenwende auf russisch*. Auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg am 17. Juni: »Die Veränderungen, die die Welt derzeit durchläuft, sind grundlegend, radikal und unumkehrbar.«⁵³

Die USA werden weiter daran arbeiten, *das Ergebnis des letzten Weltkriegs in Europa*

50 *jW*, 8./9.10.22/Schölzel (Der wirkliche Wendepunkt.) – Sevim Dagdelen: »Laut britischem ›Guardian‹ vom 28. April hat Premier Johnson den ukrainischen Präsidenten Selenskij ›angewiesen‹, ›keine Zugeständnisse an Putin zu machen.« Dagdelen, Russland ruinieren und China vernichten, in: W. Gehrcke u. Ch. Reymann, Ein willkommener Krieg, Köln 2022. Nachdruck: *UZ*, 30.9.22.

51 *jW*, 6.10.22. Zu den Verhandlungen in Istanbul s. auch: *Friedensratschlag*, a. a. O., S. 7. Ebenda: Am 25.2. (!) hat Selenskij seine Bereitschaft erklärt, »mit Russland über einen Neutralitätsstatus und über Sicherheitsgarantien zu verhandeln«. Weiter ebenda: Der »innenpolitische Spielraum [der ukrainischen Regierung] gegenüber den dominierenden rechtsextremen Kräften [ist] gering. Sie bedrohen offen jeden mit dem Tod, der sich zu Zugeständnissen bereit erklärt.«

52 Opitz, Europastrategien, Dok. 7. (Cherson liegt auf der rechten, der nordwestlichen Seite des Dnjepr.)

53 *Rotfuchs*, September 2022. (Ein Dekret Putins vom November illustriert ideologische Folgerungen.)

und in Asien zu revidieren; und das vielleicht gerade noch Mögliche auszutesten. Die Ereignisse und Phasen des gegenwärtigen Kriegs stehen unter dem Zeichen dieser Revision. Die USA sehen sich als den *einzigsten* Sieger. Es ist die *US-amerikanische Version der Zeitenwende*. Die Erinnerung an die Antihitlerkoalition, die Leistung der sowjetischen Armee und die Befreiung Chinas von der Brutalität Japans stehen im Wege. In der Ukraine, aber nicht nur dort, werden die Denkmäler und Erinnerungsstätten der Befreiung geschleift und statt dessen Kollaborateure der Hitler-Wehrmacht geehrt. Das hat System. Auch die UNO steht im Visier. Während der Tage des letzten G7-Gipfels in Deutschland hat Selenskij gefordert, Russland als »Schurkenstaat« aus dem Sicherheitsrat zu entfernen. In Japan fällt das Verbot, Truppen im Ausland einzusetzen; in Deutschland wird das Friedensgebot des Grundgesetzes zum Restmüll geworfen und der Schwur von Buchenwald in den Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit gerückt. Am 4. November wurde der UNO-Vollversammlung eine Resolution »gegen die Verherrlichung des Nationalsozialismus, gegen Neonazismus, Rassendiskriminierung und Fremdenfeindlichkeit« vorgelegt; Deutschland und die EU stimmten wie die Bandera-Ukraine mit NEIN.⁵⁴

VIII. »Zeitenwende« deutsch

Im Jahr 1990 haben manche Menschen vor allem im Ausland befürchtet, dass Deutschland den Weltkrieg doch noch gewonnen habe. Die USA haben solche Befürchtungen auf ihre

Weise ausgeräumt. Aber das deutsche Kapital gibt nicht auf.

Schon vor dem Beginn der Heizperiode gaben sich Kanzleramt und Ministerien zunehmend hyperaktiv – aus Angst vor den Wählern und mehr noch vor einem drohenden wirtschaftlichen Abschwung. Sie reisen um den Globus, um Reste noch freien Erdgases aufzuspüren, teuer zu kaufen und nach Deutschland zu bringen. Das Bild, das sie abgeben, ist nicht das einer Großmacht.

Aber man sollte sie beobachten. Scholz ist nicht Baerbock, deren Spruch lautet »Die Ukraine muss siegen«; er sagt eher: »Russland darf nicht gewinnen«. Darin steckt der kleine Unterschied von US-amerikanischen und von deutschen Kapitalinteressen. Die Zeit der friedlichen Ostpolitik der BRD ist dahin⁵⁵; Scholz weiß, dass an der Kapitulation Deutschlands nichts zu ändern ist – erst einmal. Immerhin hat er in großen Abständen ab und zu mit Putin telefoniert; auch Macron tut das und hat dabei gegenüber dem Deutschen den Vorteil Frankreichs als einer Sieger- und Atommacht. Scholz' zunehmend aberwitzige Rhetorik gegen das gegenwärtige Russland lässt den Schluss zu, dass er für die nahe Zukunft nicht mit Verhandlungsergebnissen rechnet. Gibt es womöglich Befürchtungen, dass sich die Amerikaner über Deutschland hinweg mit den Russen verständigen? Er blickt weiter in die Zukunft; er spekuliert. Die *Zeitenwende* gebiert Visionen.

An der *Karls-Universität in Prag* hält Scholz am 29. August eine ausdrücklich »geopolitisch«⁵⁶ angelegte Rede. Man sollte sie lesen. Einige der Gedanken hatte er bei

54 *jW*, 15.11.22/A. Schölzel (Nein zur Nazibekämpfung). Der Vertreter Russlands erinnerte auf der Sitzung an den Ursprung der Vereinten Nationen in der Antihitlerkoalition.

55 Der »Petersburger Dialog« hat sich erledigt: *jW*, 21.11.22.

56 Zum Begriff »Geopolitik«: Ernst Jäckh, Der geopolitische Zwang, in *Deutsche Politik*, Juli 1916: »Die ganze Schwere dieses Weltkrieges wird leichter, wenn er nicht nur als die ›Schuld‹ irgendeines Staatsmannes erscheint, [...] sondern wenn er klar und scharf wird als das ›geopolitische‹ Schicksal von Völkern, als der Zusammenprall von Willensnotwendigkeiten, die aus geographischen Grundlagen gewachsen sind zu politischen Nötigungen, zum politischen Zwang.« (Opitz, Europastrategien, Dok. 26.) Selbstverständlich sind geographische Gegebenheiten materielle Faktoren von größter Bedeutung; hier werden sie aber zum letztbestimmenden Gesetz erklärt.

anderer Gelegenheit bereits im Juli⁵⁷ geäußert. Es ist, wie es sich in einer Universität gehört, eine *akademische*, nicht eine Rede staatspolitischer Aktualität. Sein tschechischer Kollege hatte Wichtiges zu tun und saß nicht unter den Hörern. Namensgeber der Universität ist nicht Karl der Große, sondern der böhmische König Karl IV., ein späterer Kaiser des Heiligen Römischen Reichs. *Karl* ist nicht nur Aachen mit seiner katholisch-abendländischen Westorientierung, *Karl* ist auch die Kaiserstadt Prag mit der Ausrichtung nach Südosten. In Prag, daran wird Scholz nicht gedacht haben, hat das *Lied von der Zeitenwende* seinen Ort: »Am Grunde der Moldau da wandern die Steine, es liegen drei Kaiser begraben in Prag, das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine ...«

Der Inhalt der Rede: Die EU müsse ihre Unabhängigkeit und Stabilität (auch *nach außen*) sichern. »Unser Europa ist [...] offen für alle europäischen Nationen, die unsere Werte teilen. Vor allem aber ist es die gelebte *Absage an Imperialismus und Autokratie*.« Im Zusammenhang mit der gewünschten Erweiterung der EU nennt er ausdrücklich »die Staaten des Westbalkans«⁵⁸, die Ukraine, Moldau und Georgien. Nicht genannt wird die Türkei. *Im Innern* müsse die EU neu organisiert werden: Mehrheitsentscheidungen anstelle des Prinzips der Einstimmigkeit! Denn nicht tragbar ist »das Risiko, dass ein einzelnes Land mit seinem Veto alle anderen am Vorankommen hindert«. Die EU-Mitglieder werden gut zuhören, und den Neuzugängen wird schon einmal gesagt, wo der Hammer hängt. Damit dieses »Europa« eine »europäische Souveränität« gewinne, müsse es einseitige Abhängigkeiten beenden, weltweite Handelsbeziehungen ausbauen, eine

europäische Kreislaufwirtschaft erreichen und sich eine Spitzenposition der wissenschaftlich-technischen Innovationen bei den Schlüsseltechnologien mit dem Markenzeichen »made in Europe« erarbeiten. Und so weiter.

Das Tüpfelchen auf dem i: Der Europäische Rat erhält die Kompetenz eines Europäischen Sicherheitsrats, verbunden mit einem eigenständigen Rat der EU-Verteidigungsminister, dazu eine schnelle Eingreiftruppe der EU, bis 2025 ein voll ausgestattetes EU-Hauptquartier und nicht zu vergessen: ein gemeinsames Luftverteidigungssystem. Überdeutlich auffällig ist im Text von einer Atommacht EU nicht die Rede. (Die alte Bundesrepublik hatte seit langem versucht, im engen Bündnis mit Frankreich an die Atombombe heranzukommen...) Ein kompaktes Militär-Programm hatte bereits der SPD-Bundesvorsitzende Lars *Klingbeil* in einer Berliner Rede am 21. Juni gefordert und Klartext gesprochen: »Deutschland muss den Anspruch einer Führungsmacht haben.« Die zuständige Ministerin Lambrecht argumentiert geopolitisch: »Deutschlands Größe, seine geographische Lage, seine Wirtschaftskraft, kurz: sein Gewicht, machen uns zu einer Führungsmacht, ob wir es wollen oder nicht [...] auch im Militärischen.«⁵⁹

Eine Initialgründung des Systems hat dann im Oktober stattgefunden, und zwar *mit* Großbritannien, dem Aufpasser der USA (vielleicht kann man es herüberziehen?).⁶⁰ Die militärische Organisation wird nebenbei auch der Disziplinierung der Schwächeren im Bunde dienen. Die BRD hat europapolitische Verluste erlitten. Sie versucht, den Verlust auszugleichen, sozialpolitisch flankiert mit dem Mehrfach-Wumms, der das potente deutsche Gewicht noch einmal demonstrativ erhöht⁶¹.

57 *Rotfuchs*, September 2022, S. 10.

58 Zu einer eilig einberufenen Konferenz der »Westbalkan-Staaten« (so heißt Jugoslawien heute): *jW*, 5./6.11.22/ Zschächner (Eine Initiative, den »Westbalkan« für die EU zu sichern).

59 *Rotfuchs*, September bzw. Oktober 2022.

60 *Rotfuchs*, September 2022/Schölzel (Größenwahn und atomare Gefahr).

61 Dazu *jW*, 4.11.22/Wehr.

Verteidigungspolitik ist notwendigerweise immer auch Rüstungspolitik. Dieser Acker ist von Haus aus durch und durch vermint. Während Scholz seine Gedanken nach Osten und durch den Kaukasus schweifen lässt, mehrerlich die Risse im Westen, in der Stamm-EU. Spalten tun sich auf bei der Ausrüstung einer starken EU-Armee. Mit der anvisierten Militär-Union wird es sobald nichts werden. Berlin kauft mit Vorrang in den USA oder bei Vasallen ein. (*JW*, 28.10.22/Kronauer.) Italien ist sauer, Frankreich – schon waidwund nach dem von den USA geraubten U-Bootgeschäft mit Australien – stocksauer. Dass es ausge-rechnet Deutschland ist, das aus den großen gemeinsamen Rüstungsprojekten ausbricht, irritiert nur auf den ersten Blick. Vor einigen Jahren haben die USA ihre Absicht bekundet, Standorte in Deutschland aufzugeben (was in betroffenen Regionen zu panikartigen Aufregungen gesorgt hat). Die USA ziehen sich nachhause oder in pazifische Stützpunkte nicht zurück, um einer militärischen Gegenmacht der EU Platz zu machen, im Gegenteil: »Regionalmächte« wie Deutschland ersetzen die eingesparten US-Kräfte und übernehmen deren Aufgaben.⁶² Klaus Eichner: »Die Emanzipation Europas findet nicht statt, der 2019 von Frankreichs Präsident Macron festgestellte ›Hirntod‹ der NATO wurde als Fehl-diagnose entsorgt.«⁶³

Unbekümmert hat Scholz am 20. September bei der UNO-Vollversammlung die Bewerbung der BRD für einen Ständigen Sitz im Sicherheitsrat erneuert. Die Ansicht, dass der Sicherheitsrat gemäß den heutigen Weltverhältnissen verändert werden müsse, vertritt auch Russland; Lawrow hat als mögliche Kandidaten Indien und Brasilien genannt.

Wohin mögen die Visionen des Prager Programms hinauslaufen? Ein Resümee: Zur NATO-Osterweiterung tritt konkurrierend eine Osterweiterung der EU. Die Komplettierung der EU wird noch einige Zeit benötigen; noch weiter reichend wurde Anfang Oktober in Prag (!) hilfsweise eine »Europäische Politische Gemeinschaft« (EPG) mit 38 Mitgliedsstaaten vom Atlantik bis in den Kaukasus aus der Taufe gehoben; mit diesem Instrument gehört auch Großbritannien wieder zur Familie. (*JW*, 7.10.22/Kronauer.) Es gibt in den umkämpften Randzonen Verflechtungen und Überlappungen der EU bzw. ihrer Unter- oder Para-Organisationen mit von Russland beeinflussten früheren SU-Staaten. Die breite Zwischenzone ist beweglich und flexibel angelegt. Und Russland? Der EU-Außenbeauftragte Borell sagte in Prag, man wolle Russland nicht »für immer ausschließen [...], aber dieses Russland, das Russland von Putin, hat keinen Platz«. (*UZ*, 14.10.22/Göbel.) Ja, mit einem gezähmten Russland wäre Eurasien perfekt, und Brüssel wäre die Hauptstadt.

Im Moment sieht es so aus, als würde es die Welt mit drei großen konkurrierenden Blöcken zu tun bekommen, die sich selbst jeweils wieder erheblich aufteilen und mit ihrer Gravitationskraft weit über die Kontinente ausstrahlen: auf dem Territorium Eurasiens mit einer verführerischen, aber von der NATO bewachten gemeinsamen Grenze *einerseits* die EU und *andererseits* Russland/China und *zum Dritten* das immer noch omnipräsente US-Imperium. Starre Teilungen kann es da nicht geben, Überraschungen sind möglich. Wie wäre es beispielsweise, wenn sich für die EU die Aussicht einstellte, mit einem geschwächten Russland und über es hinweg eine intensivere Kooperation mit China einzugehen ...?

62 Der Ukraine-Krieg hat den Abzug ausgebremst. Aber was Henry Kissinger, Zbigniew Brzeziński und John Mearsheimer ihrer Regierung geraten haben, gilt nicht nur für den asiatischen Raum: »Militärisch sollten die USA nur im äußersten Notfall eingreifen [...] Regionale Mächte sollten genutzt werden, um den Aufstieg potenziell feindlicher Mächte zu kontrollieren [...]« (K. Eichner, a. a. O., S. 104f.)

63 K. Eichner, a. a. O., S. 111.

Schon Wilhelm II hat es ausgesprochen: »Vereinigte Staaten von Europa gegen Amerika.«⁶⁴ In vielen Ländern, vor allem Lateinamerikas und der arabischen Welt, könnte die EU, könnte Deutschland mit deutlichen Sympathien rechnen – Sympathien, wie sie heute bereits Russland und China genießen. Nicht aus Versehen haben die EU-Staaten bei der UNO-Vollversammlung am 4. November diesmal gegen die USA und für die Aufhebung der Kuba-Blockade gestimmt. Kann man eine Absicht ausmachen, die USA-Dominanz perspektivisch zu unterlaufen?

1944/45 ist es die Strategie des deutschen Kapitals gewesen, sich dem Sieger zu unterwerfen, mit ihm zu verschmelzen und unter seinem Mantel wieder stark zu werden.⁶⁵ Wird der Mantel fallen? »Absage an Imperialismus und Autokratie« (Scholz)? Angesichts der *Extreme* weiß sich Deutschland als die normative *Mitte*. Wer zur Seite der »Autokratie« gehört, weiß jeder; auf der anderen Seite »Imperialismus« – in der Welt bringt man dieses Übel in erster Linie mit den USA in Verbindung. Und ist nicht Deutschland das Land, das vom »Imperialismus« besonders hart gefesselt wird?⁶⁶ Im besetzten Paris hatte Berlins Botschafter Abetz den Rat gegeben: Man müsse nicht erst den Krieg gewinnen wollen, um Europa zu schaffen; man müsse

im Gegenteil Europa schaffen, um den Krieg zu gewinnen.⁶⁷

Das deutsche Kapital kann es nicht lassen. In seinen Reihen spukt der *Griff nach der Weltmacht*. Aber es sollte sich nicht einbilden, ein Staat, auf dessen Territorium die USA atomare Waffen stationiert haben, könne nach eigenem Gutdünken auftrumpfen. Die »Zeitenwende« behält auf absehbare Zeit die Farben der USA.

IX. Beschleunigte Aktivitäten. Ende in Sicht?

Bevor irgendwelche Nägel mit irgendwelchen Köpfen gemacht werden, beschleunigen und überschlagen sich die Aktivitäten. Wenige Tage vor seiner Prager Geopolitik-Rede war Scholz auf einer Einkaufstournee in *Kanada* unterwegs gewesen. Kanada ist mit der BRD durch das Freihandelsabkommen CETA eng verbunden.⁶⁸ Das energiereiche Kanada ist der andere G7-Staat in Nordamerika.

Keinen Monat später flog Steinmeier in Flüssiggas-Angelegenheiten zu einem Staatsbesuch nach Mexiko. Auch Mexiko ist ein großer Staat in Nordamerika – ein lateinamerikanischer. Der vormalige Außenminister sprach dort auch über die Ukraine. Fast zeitgleich hat Mexiko der UNO-Vollversammlung eine Dialogkommission für den Frieden vorgeschlagen.

64 R. Opitz, *Der deutsche Sozialliberalismus*, Köln 1973, S. 35.

65 Hörster-Philipp, *Dokumente*, a. a. O., Dok. 296: Treffen deutscher Industrieller in Strasbourg August 1944. (Vgl. J. Schmelzer, *JW*, 3.12.2004.) Opitz, *Europastrategien*, Dok. 150: Denkschrift Richard Riedl »Weg zu Europa« vom Herbst 1944.

66 »Naturgemäß« werden in Kriegszeiten bei allen Beteiligten Formen des Nationalismus aktiviert und den jeweiligen Bedürfnissen angepasst. Nationalistische Demagogie ist ein schleichendes, spontan wirkendes Gift. In der Bundesrepublik erscheint neben dem großen *staatspolitischen »Wir* und dem kleineren *völkischen »Wir* eine Variante »von links«. Deren Melodie kann an »nationalrevolutionäre« Strömungen der Weimarer Zeit anschließen: Knechtet uns »der Westen« heute nicht ähnlich wie seinerzeit mit den Verträgen von *Versailles*? Der satourierten Bourgeoisie fehlt es am Willen zum *Widerstand*; die Ausgebeuteten und Unterdrückten werden am ehesten den Kampf aufnehmen; im Kampfgeist verschmelzen Klassenkampf und »nationaler Kampf«. Ein Zusammengehen mit Russland gegen die *Dekadenz des Westens* liegt auf der Hand.

67 E. Jäckel, *Frankreich in Hitlers Europa*, Stuttgart 1966, S. 218. – Zu Europa-Plänen jener Zeit: Opitz, Dok. 146: Verfügung Ribbentrops über die Bildung eines Europa-Ausschusses im AA, April 1943, und Dok. 147: Denkschrift des AA, September 1943. Hörster-Philipp, Dok. 295: Notiz des Gesandten von Renthe-Fink, November 1943.

68 Dazu *JW* 16.9.22/Cziesla. – Zur Formel »von Vancouver bis Wladiwostok« s. Wood, a. a. O., S. 7.

(jW 24./25.9.22/Hermsdorf.) Dem Gremium unter der Leitung des UN-Generalsekretärs sollten der indische Regierungschef Modi und Papst Franziskus angehören; es würde beauftragt, einen fünfjährigen Waffenstillstand zu vereinbaren und während dieser Zeit an einer diplomatischen Lösung zu arbeiten. Selenskij hat den Vorschlag umgehend als »russischen Plan« zurückgewiesen.

Sogar der mit der Bundeswehr verbundene SPD-Bundesvorsitzende Klingbeil ist nun der »festen Überzeugung, dass dieser Krieg nicht auf dem Schlachtfeld, sondern irgendwann am Verhandlungstisch entschieden wird«. (jW, 20.10.22./Schölzel.)

Drohend steht *General Winter* vor der Tür. Russland ist nicht ruiniert. Kontaktierungen häufen sich. Im Oktober hat der russische Verteidigungsminister Schoigu mit seinem US-Amtskollegen telefoniert, kurz danach mit den französischen, britischen, türkischen, indischen und chinesischen; Russlands Generalstabschef sprach mit den Stabschefs der USA und Großbritannien. Am 25. Oktober tagt auf Antrag Russlands der UN-Sicherheitsrat. Am Wochenende 22./23. Oktober besucht Macron Rom und bittet den Papst darum, zwischen Biden und Putin zu vermitteln. Am 24./25. reist der Vorsitzende der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft nach Moskau, spricht mit Putin und fährt danach mit einer »Botschaft des Friedens« nach Kiew. In den USA fordern 30 Kongress-Abgeordnete den Präsidenten auf, mit Russland zu verhandeln, um einen Waffenstillstand zu erreichen und »eine neue für alle Parteien annehmbare europäische Sicherheitsvereinbarung auszuloten« (einige sind allerdings schnell wieder zurückgerudert). Im November treffen sich in Istanbul der Leiter des US-Auslandsgeheimdienstes und der russische Geheimdienstchef. Der US-Stabschef Milley spricht sich für

Verhandlungen über einen Waffenstillstand aus (und erinnert an den Ersten Weltkrieg); sein ukrainischer Kollege wiederholt, dass seine Seite *keine* Vereinbarungen akzeptieren werde.⁶⁹

Das offizielle Washington bleibt dabei: Entscheidungen lägen bei der Regierung in Kiew. In der dortigen Clique aber löst die Gesprächsdichte Panik aus: Ein Zwischenfall auf polnischem Gebiet soll die NATO auf Touren bringen. Die Antwort der USA ist klar: Gebt Ruhe!

Bei Vorgesprächen zu einem Waffenstillstand geht es darum, politische und militärische Grenzlinien zu ziehen, dabei die Kräfte zu regulieren und im Blick auf künftige Auseinandersetzungen zu positionieren; sie werden begleitet von Fragen kaum geringeren Gewichts: Wer zahlt, wer nimmt, wer gibt? Am 25. Oktober tagten in Berlin die G7-Staaten zum Thema: Wiederaufbau der Ukraine.⁷⁰ Man erinnert sich an den Marshall-Plan der Nachkriegszeit in Europa, der den USA zu einem gewaltigen Export-Boom verholfen hatte. Reinhard Lauterbach (jW, 26.10.22): »Um den [Wiederaufbau] zeichnen sich heftigste Konkurrenzkämpfe zwischen dem EU- und dem US-Kapital ab. [...] Für die EU bleibt die Rolle des Zahlmeisters übrig. So hält man einen Konkurrenten klein, und der macht gute Miene zum bösen Spiel.«

Mit dem neuen imperialistisch-militaristischen Kräfteressen ist in Deutschland folgerichtig das Ende des dahinsiechenden sozialkommunikativen Rheinischen Kapitalismus endgültig besiegelt. Begleitet wird diese *Wende* von einer Militarisierung der Gesellschaft. Um die Heimatfront ruhig zu halten und auf Schlimmeres vorzubereiten, werden wummsmäßig Mittel zur ideologischen, materiellen und polizeilichen Ertüchtigung bereitgestellt. Die Erweiterung des »Heimatschutzes« mit dem »Territorialen Führungskommando der

69 Alle diese zeitnahen Meldungen aus der *jungen Welt*.

70 Rückblicke: Im Mai 1918 haben die Größen der Wirtschaft mit Vertretern der Regierung, der Reichsbank und der Obersten Heeresleitung über die »Gründung eines Finanzierungssyndikats für den Osten« beraten. Opitz, Europastrategien, Dok. 39. – Zum »Reichskommissariat für die Ukraine« im Zweiten Weltkrieg: Dok. 130.

Bundeswehr« lässt nichts Gutes erwarten.⁷¹ Unter dem Schleier der Ahrtal-Katastrophe wird eine »Warn-App« entwickelt, und unter dem von Corona verabschiedet der Bundestag ein »Triage-Gesetz«.

Mit der Abkehr von der Merkel-Politik sind die unterschiedlichen und gegensätzlichen Interessenslagen im deutschen Kapital nicht verschwunden. *Die einen* sehen größere Vorteile im Verbund mit dem »Westen«, *die anderen* im weiten »Osten«. Jetzt leidet das *ganze* deutsche Modell unter der US-Politik. »Der deutsche Imperialismus hat es sowohl mit den USA als auch mit Russland versucht, und das ist jetzt gerade gescheitert. Deshalb ist der deutsche Imperialismus momentan der große Verlierer, und wir zahlen dafür.« (Lucas Zeise)⁷²

Für eine andere Zeitenwende.

Der Blick auf *das, was ist und wie es sich verändert*, der Blick auf die Verhältnisse enthält die Frage: Wie können sich die bedrückenden und bedrohlichen Verhältnisse ändern, und wie können wir verändern? *Was tun?*

Früher haben wir gesagt: Je stärker der Sozialismus, desto sicherer der Frieden. Wir ha-

ben Recht gehabt. Die Sowjet-Union mit ihren Verbündeten hat aufgegeben, ohne einen Krieg zu führen. Die kapitalistischen Hauptstaaten mit ihrer Führungsmacht USA werden diesem Weg nicht folgen. Sie sind dazu aufgrund ihrer »Natur« nicht in der Lage.

Wir haben auch gesagt: Den Kapitalismus müsse man zum Frieden zwingen; man müsse ihn am Frieden ersticken lassen, denn Frieden kann er nicht verkraften. Das zu vollbringen, haben die Kräfte des internationalen Friedenslagers nicht ausgereicht. Aber daran muss weitergearbeitet werden; auch wechselnde imperialistische Interessen an einem Friedenszustand sind zu bedenken. Solange der Kapitalismus in der Lage ist, die Weltpolitik maßgeblich zu bestimmen, kann es einen *gesicherten* Frieden nicht geben. »Kampf um Frieden ist Kampf gegen den Kapitalismus«, hat Rolf Becker kürzlich in einer Rede gesagt.⁷³ Das »ist« macht es möglich, den Satz in beide Richtungen zu lesen: Kampf gegen den Kapitalismus und Kampf um den Frieden sind ein und dasselbe.

Damit sind wir wieder am Anfang: bei Rosa Luxemburg.

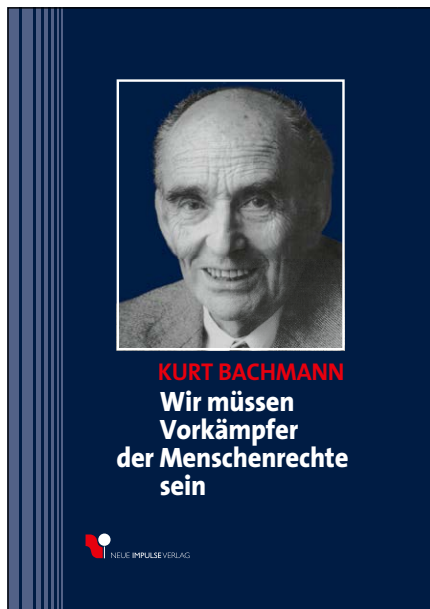
71 *jW*, 26.9.22/Schölzel (Neue Bürgerkriegszentrale); *Rotfuchs* Okt. 22/Hänel. Der ehemalige Innenminister Thomas de Maizière denkt in einer ZDF-Runde über Entscheidungsstrukturen in Zeiten eines Ausnahmezustandes nach: *jW*, 10.10.22.

72 Interview mit der Zeitung zum »Kommunismus-Kongress« Sommer 2022.

73 Blumen für Stukenbrock, *UZ*, 16.9.22.

Kurt Bachmann
**Wir müssen
Vorkämpfer der
Menschenrechte
sein**

Essen, 2021, 388 Seiten,
Festeinband, 19,80 Euro,
ISBN 978-3-946845-39-3



Kurt Bachmann (geboren 22.6.1909 in Düren – gestorben 23.2.1997 in Köln), von Beruf Ledersortierer und Journalist, Repräsentant der kommunistischen und antifaschistischen Bewegung, Mitbegründer und erster Vorsitzender der DKP, Präsidiumsmitglied der VVN-Bund der Antifaschisten.

Der Band vereinigt eine Auswahl aus veröffentlichten und unveröffentlichten Schriften und Reden von Kurt Bachmann, die sich vor allem mit der deutschen Geschichte befassen. Viele aus »vergänglichen« Zeitungsartikeln stammende Arbeiten des Zeitzeugen Kurt Bachmann werden hier wieder zugänglich gemacht.

Nach Widerstand und Verfolgung in mehreren faschistischen KZ erlebte der jüdische Kommunist Kurt Bachmann die Selbstbefreiung der Häftlinge von Buchenwald. Der jungen Generation vermittelte er wie kaum ein zweiter die Hintergründe faschistischer Herrschaft und die Lehren des Damals für das Heute im Kampf gegen Reaktion und Militarismus, für die demokratische Republik und für den Internationalismus.

Als Journalist war Kurt Bachmann bis in seine letzten Tage mahnend und lehrend tätig.

Willi Gerns

Revolutionäre Strategie in nichtrevolutionären Zeiten

*Essen, 2015, 268 Seiten,
19,80 Euro, ISBN 978-3-946845-36-2*



Willi Gerns
**Revolutionäre
Strategie in
nichtrevolutionären
Zeiten**

An »Gerns/Steigerwald« kommt niemand vorbei, der sich ein wahrhaftiges Bild machen will von der programmatischen Entwicklung der DKP, von ihrer strategischen Orientierung und deren Grundlagen. Im Zentrum dieser Artikelsammlung von Willi Gerns stehen die »Dialektik von Reform und Revolution« und die »Strategie des Kampfes um antimonopolistische Übergänge zum Sozialismus«.

Jetzt abonnieren ...

Hiermit bestelle ich

- ein befristetes Testabonnement (3 Ausgaben für 18 €) ohne automatische Verlängerung
- ein Abonnement für mindestens 12 Ausgaben
- ein Geschenkabonnement für mindestens 6 Ausgaben
 - zum **Normalpreis** von 54 €/Jahr
 - zum **ermäßigtem Preis** von 38 €/Jahr
 - zum **Förderpreis** von 100 €/Jahr
- Abo plus ePDF** zum Normalpreis von 64 €/Jahr
- Abo plus ePDF** zum ermäßigten Preis von 48 €/Jahr

Neue Abo-Möglichkeit!

Name, Vorname _____ Alter _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon, E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

** Das Abonnement verlängert sich um weitere 6 Ausgaben, wenn es nicht bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes schriftlich beim Neue Impulse Verlag, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen oder per E-Mail info@neue-impulse-verlag.de gekündigt wird.

Widerrufsbelehrung

Ich bin berechtigt, diese Abo-Bestellung binnen 14 Tagen schriftlich beim Neue Impulse Verlag zu widerrufen.

Datum, Unterschrift _____

- Die Rechnung geht an die Lieferanschrift
- Die Rechnung geht abweichend von der Lieferanschrift an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon, E-Mail _____

- Die Rechnung soll abgebucht werden. Hiermit erteile ich dem Neue Impulse Verlag das Mandat, die Abo-Gebühren für die Zeitschrift »Marxistische Blätter« sowie gegebenenfalls bestellte Bücher von meinem Giro-Konto abbuchen zu lassen. (**SEPA-Mandat**)
 - Abo-Abbuchung jährlich
 - Abo-Abbuchung halbjährlich

Kundennummer (wenn vorhanden) _____

Ihre IBAN _____ / _____ / _____ / _____ / _____ / _____

Ihre BIC _____

Unsere Gläubiger-ID **DE56ZZZ00000293744**

Die Abbuchung der Abo-Gebühren und der Buchrechnungen erfolgt jeweils zum Ersten eines Monats. Das Mandat endet automatisch mit der Beendigung des Abonnements.

Ort/Datum

Unterschrift